

# Politische Bildung und demokratierelevante Einstellungsmuster von angehenden Lehrenden: Eine quantitative Studie

Georg Lauß<sup>1</sup>, Stefan Schmid-Heher<sup>2</sup>

---

## Zusammenfassung

Die Qualität von Politischer Bildung und Demokratieerziehung an Schulen ist untrennbar mit der Verankerung demokratischer Haltungen von Lehrern/Lehrerinnen verbunden. Mittels eines quantitativen Fragebogens wurden an der PH Wien einerseits politische Einstellungsmuster und andererseits die Wahrnehmung von Politischer Bildung unter Lehramtsstudierenden erhoben. Den theoretischen Ausgangspunkt bilden Ansätze zur politischen Sozialisation und Autoritarismusforschung. Interpretiert werden die Daten vor dem Hintergrund anderer politischer Wertestudien. Zukünftige Lehrpersonen sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weniger anfällig für gesellschaftlichen und politischen Autoritarismus. Auch negative gruppenbezogene Stereotype gegenüber ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten sowie sexistische Vorbehalte sind weniger verbreitet. Allerdings scheinen Grundbegrifflichkeiten der Demokratie nicht durchgehend fest verankert. Autoritäre Regelungsmuster finden durchaus Anklang, während Einfühlungsvermögen gegenüber Schwächeren nicht immer stark genug ausgeprägt ist um das Ziel einer „Erziehung zur Mündigkeit“ erreichen zu können. Hang zum Autoritarismus steht in starker wechselseitiger Beziehung zu Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Politische Bildung sollte daher dem Reflektieren von Hierarchien neben dem frühen Lernen gegen Vorurteile mehr Raum einräumen, um fremdenfeindliche Tendenzen zu begegnen. Dem weitverbreiteten Gefühl von politischer Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit muss durch gezielte Förderung der Handlungskompetenz entgegengewirkt werden. Zu guter Letzt liefert die von Studierenden vorgenommene Reihung von Themenpräferenzen eine hilfreiche Richtschnur zur Auswahl von Zugängen, um den Auftrag zur Politischen Bildung für alle Seiten effizienter und befriedigender umzusetzen.

## Civic Education and Democratic Values of Prospective Teachers: A Quantitative Study

### Schlüsselwörter:

Politische Bildung  
Autoritarismus  
Demokratiepädagogik

### Keywords:

Civic Education  
Authoritarianism  
Democratic Education

## 1 Einleitung

Politische Bildung geht über die Vermittlung von Wissen, Kenntnissen, Kompetenzen und Fähigkeiten hinaus, denn sie beinhaltet jedenfalls auch Wertevermittlung. Gegenüber Einstellungen zu Grundwerten der Demokratie kann und darf sie sich nicht neutral verhalten. Autoritären Tendenzen und Fremdenfeindlichkeit gegenüber darf sie nicht gleichgültig auftreten. Demokratie muss in einem ständigen Prozess gelebt und erkämpft werden. Der Jubel über das Ende der Geschichte und den endgültigen Sieg der liberalen Demokratie dürfte verfrüht gewesen sein. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus schrieb Francis Fukuyama in seinem Buch „The End of History“:

---

<sup>1</sup> Pädagogische Hochschule Wien, Grenzackerstraße 18, 1100 Wien.

Korrespondierender Autor. E-Mail: [georg.lauss@phwien.ac.at](mailto:georg.lauss@phwien.ac.at)

<sup>2</sup> Pädagogische Hochschule Wien, Grenzackerstraße 18, 1100 Wien.

„What we may be witnessing is not just the end of the cold war, or the passing of a particular period of post-war history, but the end of history as such: that is, the end point of mankind’s ideological evolution and the universalisation of Western liberal democracy as the final form of human government.“ (Fukuyama, 1989, S. 3)

Mit einigem Abstand zu den damaligen Ereignissen lässt sich feststellen, dass diese Prognose deutlich zu optimistisch gewesen sein könnte. Das Phänomen, das sich nach der Finanzkrise 2008 auszubreiten scheint, ist viel eher der Autoritarismus (Cooley, 2015). Nach Nolte ist Demokratie von etwas „nicht Selbstverständlichem“ zu etwas „Selbstverständlichem“ und schließlich zu etwas „nicht mehr Selbstverständlichem“ geworden (Nolte, 2011, S. 5). Es stellt sich somit zunehmend die Frage, inwieweit autoritäre Tendenzen bzw. Einstellungsmuster in der Gesellschaft auf dem Vormarsch sind.

Wie anfällig sind bestimmte Bevölkerungsgruppen für fremdenfeindliche Vorurteile und wie groß ist die Gefahr der Hinwendung zu autoritären politischen Systemen? Mit diesem Erkenntnisinteresse steht unsere Studie in der Tradition der ersten Forschungsarbeiten der Frankfurter Schule rund um Theodor W. Adorno und ihrer Studie zur „Authoritarian Personality“ (Adorno, Frenkel-Brunswick, Levinson, & Sanford, 1950), die der Frage nachging inwieweit auch die Bevölkerung der USA anfällig für Antisemitismus und Faschismus wäre. (Rippl, Kindervater, & Seipel, 2000) Diese Frage ist gerade im Hinblick auf Lehramtsstudierende bedeutsam, weil die persönlichen Einstellungsmuster, vor allem wenn sie unreflektiert bleiben, letztlich Eingang in den Unterrichtsprozess finden. Gerade über diese gesellschaftlich besonders relevante Gruppe der Lehramtsstudierenden – ihre politischen Einstellungsmuster und ihre Sichtweisen auf das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ – wissen wir in Österreich noch relativ wenig. (Hämmerle, Sandner, & Sickinger, 2009)

Mit Hilfe einer quantitativen Umfrage wollen wir in diesem Beitrag der Frage nachgehen, wie Politische Bildung während der Pflichtschullehrerausbildung an der PH Wien wahrgenommen wird. Weiters soll untersucht werden, wie stark autoritäre Potentiale bzw. demokratische Werte unter zukünftigen Pädagogen/Pädagoginnen ausgeprägt bzw. verankert sind. Daran anknüpfend soll geklärt werden, welche Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungsausprägungen in den Bereichen (Politischer) Autoritarismus, Anomie und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit existieren. Letztlich möchten wir der Frage nachgehen, ob und welche Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von und dem Interesse an Politischer Bildung auf der einen Seite und der Herausbildung demokratischer Werte auf der anderen Seite existieren.

Bereits Adornos ursprüngliche Studie zum autoritären Charakter erhob den Anspruch an der Schnittstelle von praktischer Politischer Bildung und Demokratieerziehung auf der einen Seite und Grundlagenwissenschaft auf der anderen Seite zu operieren. (Fahrenberg & Steiner, 2004) Auch das Ziel dieser Studie ist es, aus der Analyse vorgefundener Einstellungsmuster Handlungsempfehlungen für die Didaktik der Politischen Bildung abzuleiten. Allerdings soll in der Folge nicht der Frage nach direkten Auswirkungen auf das Lernverhalten von Kindern und Jugendliche bzw. dem pädagogische Wirken von Lehrern/Lehrerinnen nachgegangen werden. Es handelt sich demnach weder um einen Beitrag zur Lerntheorie für Politische Bildung (Lange, 2008), noch um eine Studie zum politischen (Vor-)Verständnis von Kindern (Kalcics & Rath, 2013). Auch Wissens- und Kompetenzniveaus junger Menschen wie bei der „International Civic and Citizenship Education Study“ stehen nicht im Fokus (Schulz, 2010). Im Zentrum des Erkenntnisinteresses dieses Artikels stehen hingegen demokratierelevante Werthaltungen und Einstellungsmerkmale von zukünftigen Lehrern/Lehrerinnen.

Um Studiendesign und Erhebungskontext einordnen zu können, wollen wir im Folgenden einige kurze Betrachtungen zu Entwicklung und gegenwärtigem Stellenwert der Politischen Bildung in Österreich anstellen. Danach folgt die Darlegung der wissenschaftlichen Forschungsansätze und theoretischen Grundlagen, auf denen die methodische Konzeption der Studie beruht. Nach genaueren Erläuterungen zu Studien- und Fragebogendesign sowie der Vorgehensweise bei der Datenerhebung werden Einstellungsmuster der befragten Gruppe beschrieben und teilweise im Kontext von vergleichbaren Studien interpretiert. Zum Abschluss diskutieren wir die Ergebnisse im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Unterricht von Politischer Bildung an Pädagogischen Hochschulen.

## 2 Politische Bildung in Österreich

Die Politische Bildung hat im österreichischen Schulwesen im Vergleich zu Deutschland, wo sie infolge der Re-Education nach 1945 sowohl als Unterrichtsfach als auch als eigenständige Disziplin im universitären Bereich fest verankert ist, noch immer einen untergeordneten Stellenwert. Zu Beginn der Zweiten Republik beschränkte sich die Aufgabe der Schule zunächst auf zwei Aspekte: „Die Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins (Heimaterziehung)“ und „die Erziehung zu treuen und tüchtigen Bürgern [...]

(politische Erziehung)“. (BMU, 1949) Erst mit dem Grundsatzterlass „Politische Bildung in den Schulen“ aus dem Jahr 1978 wurde die rechtliche Grundlage für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung auf der Basis eines weiten Politikbegriffs und emanzipatorischen Demokratieverständnisses geschaffen. (Sandner, 2016) Abgesehen von dieser Regelung im Rahmen eines grundsätzlich alle Fächer und alle Schultypen betreffenden Unterrichtsprinzips fand Politische Bildung erst 2008 durch die Erweiterung des Gegenstandes Geschichte und Sozialkunde (GSK) um Politische Bildung in der achten Schulstufe Eingang in die Sekundarstufe I. Mit Beginn des Schuljahres 2016/17 erfolgte die im Regierungsprogramm 2013 vereinbarte Einführung von Pflichtmodulen aus dem Bereich Politischer Bildung als Teil des Kombinationsfaches GSK/PB ab der sechsten Schulstufe. Die politischen Auseinandersetzungen um den Stellenwert der Politischen Bildung in der Schule sind allerdings auch mit diesem Schritt nicht abgeschlossen. So fordern beispielsweise die Bundesjugendvertretung (Bundesjugendvertretung, 2013) und die Bundeschülervertretung (Bundeschülervertretung, 2015) ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung bereits in der Sekundarstufe I.

Im Bereich der Lehrerbildung spiegelt sich das Fehlen eines eigenen Unterrichtsfaches im Mangel an einer eigenständigen, fachspezifischen Ausbildung für die Sekundarstufe I und II wider. Es kann festgestellt werden, dass weder dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung noch der Politischen Bildung als 2016 aufgewerteter Teil von GSK/PB in der Lehrerbildung ein angemessener Stellenwert beigemessen wird, der jenem eines eigenständigen Faches auch nur nahe kommt. (Hämmerle, Sandner, & Sickinger, 2009) In der Studie Politische BildnerInnen 2014 (Larcher & Zandonella, 2014) werden damit zusammenhängende Probleme aufgezeigt. 24 % der Lehrer/innen für Geschichte und Sozialkunde geben fehlende Vorkenntnisse als sehr oder ziemlich relevanten Hindernisgrund an, Politische Bildung zu unterrichten. Ebenfalls 24 % führen die fehlende Ausbildung an und 16 %, dass Politische Bildung zu kompliziert sei. Auch in anderen Befürchtungen wie „Umfangreicher Lehrplan lässt keine Zeit“ (55 % sehr oder ziemlich), „Es könnte als Parteiwerbung in der Schule genützt werden“ (24 % sehr oder ziemlich) oder „Es ist nicht möglich, Politische Bildung objektiv zu gestalten“ (24 % sehr oder ziemlich) spiegelt sich das Fehlen einer eigenständigen, fachwissenschaftlich und fachdidaktisch fundierten Ausbildung wider.

### 3 Theoretische Grundlagen der Studie: Politische Sozialisation und autoritäre Einstellungen

Politische Bildung in der Schule ist neben Familie, Freundeskreis und Medien einer der Haupteinflussfaktoren für die politische Sozialisation junger Menschen (Torney-Purta, 2002, S. 131). Schule sollte daran mitwirken, dass Schüler/innen Interesse an Politik entwickeln, ein gewisses Maß an Bewusstsein für das demokratische System entwickeln und die dafür notwendigen Werte und Fähigkeiten erwerben. (Schwarzer & Zeglovits, 2009, S. 32) Menschen erlernen im Laufe des Lebens mit den Anforderungen der Gesellschaft, in die sie hineingeboren werden, umzugehen. Politische Sozialisation bedeutet vor allem den Erwerb von Orientierungsmustern für gesellschaftliche Fragestellungen. Solche Einstellungen sind in demokratischen Gesellschaften besonders komplex. Almond und Verba sprechen von einer politischen Kultur der Demokratie und den sozialen Strukturen und Prozeduren, die sie überhaupt möglich machen und unterstützen (Almond & Verba, 1963, S. 3). Sind „Untertanen“ in autoritären Systemen hauptsächlich mit der Aufgabe konfrontiert, sich in ein vorgegebenes bzw. traditionell bestehendes Ganzes einzuordnen und zu gehorchen, ist Bürgerschaft in einem demokratischen Gemeinwesen doch eine weitaus anspruchsvollere Aufgabe, weil das Idealmodell der Demokratie alles andere als voraussetzungsarm ist:

„Es setzt voraus, dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf die Meinungsumfragen antwortet; dass diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“ (Crouch, 2011, S. 9)

Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren Forschungen über die politische Sozialisation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Vormarsch. (Dudley & Gitelson, 2003; Niemi & Hepburn, 1995) Die Nachkriegsgesellschaft hatte den Umschlag eines demokratischen Systems in Barbarei noch deutlich vor Augen. Die Sorge um demokratische Erziehung und politische Sozialisation war tief sitzend und weit verbreitet. Lasswell machte sich als einer der ersten an die Erforschung von demokratischen Einstellungsmustern und Persönlichkeitszügen (Lasswell, 1951). Auch Hymans Arbeit zur politischen Sozialisation war bahnbrechend und

äußerst einflussreich (Hyman, 1959). Greenstein auf der einen sowie Easton und Ennis auf der anderen Seite schärfte in der Folge den Fokus auf kindliche Entwicklungsphasen (Greenstein, 1965; Easton & Dennis, 1969). Im deutschsprachigen Raum war es insbesondere die Frankfurter Schule um Horkheimer und Adorno, die sich mit Fragen der politischen Sozialisation und demokratischer Erziehung in Gesellschaft, Schule und Familie auseinandersetzte (Rebel, 1967; Adorno, 2013). Grundlegend dabei war die erstmals im US-amerikanischen Exil entstandene Studie zum autoritären Charakter (Adorno, Frenkel-Brunswick, Levinson, & Sanford, 1950).

Der autoritäre Charakter zeichnet sich durch Bereitschaft zur Unterwerfung und aggressiv-dominantes Verhalten aus. Kritiklose Befolgung der Anweisung von Autoritäten geht einher mit einer idealisierenden Überbewertung der Eigengruppe und Abwertung des Fremden. Personen und Gruppen, die gesellschaftlich etablierten Normen widersprechen, werden zu Zielen von Aggression. Sozialer Konformität wird ein hoher Wert beigemessen (Altemeyer, 1996).

Autoritäre Persönlichkeiten zeichnen sich weiters durch Zukunftsangst und Orientierungslosigkeit aus. Diese werden in der Theorie durch Festhalten an traditionellen Konventionen, rigiden Vorgaben sowie Stereotypisierungen kompensiert. Einschränkung von politischen Rechten und Befürwortung von Überwachungsmaßnahmen scheinen in dieser Gruppe ebenso auf höhere Zustimmungsraten zu stoßen. Bei Feldman besteht der grundlegende Konflikt zwischen den Werten sozialer Anpassung und persönlicher Autonomie, der von autoritären Charakteren nur schwer bis gar nicht gelöst werden kann (Feldman, 2000; Feldman, 2003).

Die Entstehung autoritärer Neigungen war im Ansatz Adornos auf frühkindliche Prägungen in autoritär-patriarchalen Familienstrukturen zurückgeführt worden (Adorno, 1973). Eine zentrale Kritik daran war, dass diese alleinige Rückführung auf Persönlichkeitsdispositionen das Veränderungspotential durch außerfamiliäre Aufklärungsprozesse vernachlässige (Glöckner-Riest, 2005). Altemeyer betont in diesem Zusammenhang die Phase der Adoleszenz und die spezielle Rolle von Gleichaltrigen insbesondere in der schulischen Gemeinschaft und bei Freizeitaktivitäten (Altemeyer, 1996). Feldman schreibt auch Erfahrungen in der Ausbildung am Arbeitsplatz und dem Medienkonsum eine tragende Rolle zu (Feldman, 2000). Roiser und Willig schlagen außerdem vor, Autoritarismus besser als Einstellungsmuster denn als Persönlichkeitsstruktur aufzufassen (Roiser & Willig, 2002).

## 4 Methode

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Befragung auf der Basis standardisierter Fragebögen. Der Fragebogen besteht aus drei Abschnitten mit insgesamt 37 Items, wobei sich im Abschnitt (A) 17 Items mit politischen Einstellungen und sechs Items mit der politischen Aktivität befassen, im Abschnitt (B) acht Items mit der Wahrnehmung von Politischer Bildung und im Abschnitt (C) sechs Items mit demographischen Angaben zur Person. Die Abfrage politischer Einstellungsmerkmale baut in Grundzügen auf den Merkmalen der autoritären Persönlichkeit auf und gliedert sich in Konstrukte zu Politischem Autoritarismus, Autoritarismus, Anomie und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Einzelne Konstrukte sind in Dimensionen unterteilt, denen jeweils ein bis drei Items zugeordnet sind. Das Konstrukt Autoritarismus umfasst die Dimensionen Unterwerfung und Aggression, Anomie gliedert sich in Orientierungslosigkeit, politische Machtlosigkeit sowie Zukunftsperspektive und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird in Anlehnung an Heitmeyer in den Dimensionen Zuwandererängste, Antisemitismus, Islamophobie sowie Sexismus erfasst. (Heitmeyer, 2015)

Bei der Auswahl der Items wurde zu wesentlichen Teilen auf die Studien NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014) sowie auf die ländervergleichende Studie Historical totalitarian experiences, authoritarian potential and democratic values in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic (Rathkolb & Ogris, 2008) zurückgegriffen. Ebenso wurde auf deutsche und österreichische Jugendwertestudien Bezug genommen (Shell, 2015; Heinzlmeier & Ikrath, 2012). Dadurch konnte gewährleistet werden, dass im Wesentlichen erprobte Items zur Anwendung kamen und Vergleichswerte für die Interpretation der Daten zur Verfügung stehen. Der Fragebogen besteht weitestgehend aus Likert-Skalen mit vier Antwortmöglichkeiten [stimme sehr zu ... stimme gar nicht zu] und der Möglichkeit „keine Antwort“. Die überwiegende Mehrzahl der Konstrukte und Dimensionen besteht aus sowohl positiv als auch negativ formulierten Items. Dies ist vor allem im Bereich der Autoritarismusforschung ein entscheidender Punkt. Denn wenn man annehmen muss, dass autoritäre Charaktere dazu tendieren Fragen eher zustimmend zu beantworten, würde man die Ergebnisse noch akzentuieren, wenn man Studienteilnehmer/innen überwiegend autoritäre Aussagen vorlegt.

Die Befragung wurde an der PH Wien im März und April 2016 durchgeführt. Insgesamt wurden 1006 Studierende, bei denen sichergestellt war, dass sie zum Zeitpunkt der Befragung schon eine Lehrveranstaltung zu Politischer Bildung besucht hatten, zur Teilnahme an der Studie aufgefordert. 334-mal wurde der Fragebogen aufgerufen und 302-mal bis zur letzten Frage beantwortet und abgeschickt.

Studierende für das Lehramt an Volksschulen sowie für das Lehramt an Neuen Mittelschulen besuchen im ersten Studienjahr die Pflichtlehrveranstaltung Politische Bildung. Um zu gewährleisten, dass alle Teilnehmer/innen bereits Erfahrung mit Politischer Bildung an der PH Wien gemacht haben, wurde die Befragung im Rahmen von Lehrveranstaltungen aus einem Wahlpflichtmodul im 4. Semester durchgeführt. Da Studierende in diesem Modul *verpflichtend genau eine* Veranstaltung besuchen müssen, wurden somit nahezu alle Studierenden im zweiten Studienjahr zur Teilnahme aufgefordert und konnten zugleich nur einmal teilnehmen. Insgesamt 879 Studierende waren für die betreffenden Lehrveranstaltungen angemeldet. Darüber hinaus wurden 127 Studierende von Studiengängen aus der beruflichen Bildung (Lehramt für Berufsschulen, Lehramt für berufsbildende mittlere und höhere Schulen) in bzw. im Anschluss an Lehrveranstaltungen zur Politischen Bildung gebeten, sich an der Umfrage zu beteiligen. Da die Aufforderung zur Teilnahme im Rahmen von Lehrveranstaltungen erfolgte, war die Teilnahme selbstverständlich nicht verpflichtend.

Die Daten wurden mittels Onlineumfrage via Limesurvey über die Smartphones der Studierenden erhoben. Der Fragebogen war so konzipiert, dass das vollständige Ausfüllen des Fragebogens zwischen 15 und 20 Minuten dauern sollte. Da die Fragen der oben erwähnten Abschnitte jeweils per Zufallsgenerator individuell gereiht wurden, sind Reihenfolgeneffekte auszuschließen. Der Datensatz wurde nach Beendigung der Erhebungsphase mittels SPSS statistisch ausgewertet.

## 5 Ergebnisse

### 5.1 Politischer Autoritarismus

Konstrukt	Nr.	Item	Po- lung	[++]	[+]	[-]	[--]
Politischer Autoritaris- mus	A.1.1.	Die Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.	pos.	56,3	34,8	6,0	1,0
	A.1.2.	An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss.	neg.	10,9	20,2	25,8	33,4
	A.1.3.	ExpertInnen und nicht die Regierung sollten entscheiden was das Beste für das Land ist.	neg.	16,2	39,1	24,2	9,9
	A.1.4.	Ein Demonstrationsverbot auf der Ringstraße halte ich für gerechtfertigt.	neg.	7,3	13,6	23,5	40,1
<b>Index Politischer Autoritarismus<sup>1</sup>: von sehr stark ausgeprägtem [++] bis sehr wenig ausgeprägtem [--] Politischen Autoritarismus</b>				<b>2,3</b>	<b>23,5</b>	<b>47,9</b>	<b>26,3</b>

Tabelle 1: Politischer Autoritarismus.

Politischer Autoritarismus wurde mit Hilfe der vier Items in Tabelle 1 abgefragt. Die interne Konsistenz der Skala entsprach nicht den Erwartungen. Obwohl die Konstrukte bzw. Items – wie oben beschrieben – bereits in anderen Studien auf ihre Reliabilität überprüft wurden, ergab sich in diesem Erhebungskontext ein Cronbachs  $\alpha$  Wert von lediglich 0,454.<sup>2</sup> Für männliche Befragte funktionierte die Skalenbildung noch etwas besser als für weibliche (Cronbachs  $\alpha$  = 0,568). Der Umstand, dass drei Items negativ gepolt waren und daher für die Indexbildung invertiert werden mussten, ist für diesen niedrigen Wert wahrscheinlich mitverantwortlich.

Positiv festzuhalten ist zunächst, dass es kaum angehende Lehrer/innen gibt, die durchgehend als politisch autoritär einzustufen sind. Ein Viertel der Befragten scheint sich jedoch mit autoritären Staatsformen eher identifizieren zu können als mit der Demokratie. Und auch lediglich 26,3 % sind in der Lage sich von politisch autoritären Aussagen in aller Klarheit zu distanzieren.

Mit 56 % spricht sich eine klare Mehrheit der Befragten sehr deutlich für Demokratie als beste Regierungsform aus, wobei die Feststellung in der Formulierung des Items bereits durch den Nachsatz „auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“ in Ihrer Absolutheit relativiert ist. Weitere 35 % stimmen eher zu und nur 6 %

bzw. 1 % bewerten Demokratie eher oder stark nicht als beste Regierungsform. Das Bekenntnis zur Demokratie ist somit noch deutlicher als unter Jugendlichen in Österreich generell (87 %) (Heinzlmeier & Ikrath, 2012, S. 64). Frauen bekennen sich mit 62 % noch einmal deutlich häufiger zur Demokratie als Staatsform als Männer mit nur 48 %. Angehende Lehrer/innen sind damit der Demokratie als Staatsform noch einmal deutlich positiver gegenüber eingestellt als junge Menschen in Österreich (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014) und Deutschland, wo sich im Rahmen der letzten Shell-Jugendstudie 85 % als Befürworter der Demokratie deklarierten. (Shell, 2015)

Bei der Betrachtung des folgenden Items (A.1.2.) wird dieser zunächst positive Befund allerdings relativiert. Eine „starke Persönlichkeit“, die sich „nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss“, Wünschen sich immerhin 11 % der Lehramtsstudierenden sehr stark und weitere 20 % eher. Lediglich ein Drittel (33 %) der Befragten lehnen eine solche „starke Persönlichkeit“ stark und ein Viertel (26 %) zumindest eher ab. Diese Werte ähneln den Befunden in der Jugendwertestudie 2012 (Heinzlmeier & Ikrath, 2012, S. 64). Im Vergleich zwischen Frauen und Männern zeigt sich, dass nur 26 % der Frauen die Aussage stark ablehnen, wohingegen das bei 49 % der Männer der Fall ist. 11 % der Frauen und nur 5 % der Männer haben diese Frage nicht beantwortet.

Item A.1.3. wurde konzipiert um herauszufinden, wie zustimmungsfähig eine „Expertenherrschaft“ im Vergleich zu demokratischen Regierungsformen ist. 16 % geben Experten/Expertinnen im Vergleich zur Regierung sehr und weitere 39 % eher den Vorzug. Lediglich ein Drittel (34 %) lehnen in der Tendenz das Primat der Experten/Expertinnen über die Politik ab. Wobei sich ähnlich wie bei Item A.1.2. zeigt, dass die Ablehnung unter männlichen Befragten mit 17 % deutlich stärker ist als bei ihren Kolleginnen (6 %). Die Zustimmung zu einer durch Expertise legitimierten antidemokratischen Autorität ist jedenfalls mit 45 % höher als jene zu einer starken Persönlichkeit (31 %, vgl. A.1.2.). Allerdings liegt der Wert deutlich unter den 60 % Zustimmung, die für Jugendliche in Österreich allgemein erhoben wurden (Heinzlmeier & Ikrath, 2012, S. 64). Frauen beantworten diese Frage mit 14 % wesentlich häufiger nicht als Männer (2 %). Dieser Effekt der häufigeren Nichtbeantwortung durch Frauen ist vor allem bei Items festzustellen, deren Formulierung explizit Kernbereiche des Politischen berühren, wohingegen er bei Fragen, bei denen es um „moralische“ Einstellungen geht, etwas seltener auftaucht. Damit im Zusammenhang steht auch eine stärkere „Tendenz zur Mitte“ bei den Antworten von Frauen. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede, von denen schon Bourdieu in seiner erstmals im Jahr 1979 publizierten Studie „Die feinen Unterschiede“ berichtete, auch heute noch vorzufinden, ist durchaus bemerkenswert. (Bourdieu, 1982, S. 620ff.)

Das vierte Item (A.1.4.) zielt auf die Bereitschaft politische Freiheiten einzuschränken. Konkret abgefragt wurde die Akzeptanz für ein Demonstrationsverbot auf der Ringstraße, da ein solches in den letzten Jahren mehrfach Thema des politischen Diskurses geworden ist. (Berger, 2015) Angesichts des Umstandes, dass ein solches Vorhaben aus Gründen von Sicherheits-, Verkehrs- und Wirtschaftlichkeitserwägungen relativ häufig in Erwägung gezogen wurde, ist die Bereitschaft bürgerliche Rechte einzuschränken als relativ gering einzustufen. 21 % der Befragten halten ein solches Demonstrationsverbot auf der Ringstraße für sehr oder eher gerechtfertigt. Fast zwei Drittel (64 %) sprechen sich eher oder stark dagegen aus.

## 5.2 Autoritarismus

Konstrukt	Nr.	Item	Po- lung	[++]	[+]	[-]	[--]
Autoritaris- mus	A.2.1.	Disziplin und Gehorsam müssen in unserer Gesellschaft wichtiger werden.	neg.	11,6	27,5	33,1	16,2
	A.2.2.	Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen UnruhestifterInnen vorgehen.	neg.	19,9	31,1	30,1	9,9
	A.2.3.	Anstatt hart zu strafen, sollte man manchmal Gnade walten lassen.	pos.	6,6	33,8	28,8	19,2
<b>Index Autoritarismus<sup>1</sup>: von sehr stark ausgeprägtem [++] bis sehr wenig ausgeprägtem [--] Autoritarismus</b>				<b>14,7</b>	<b>39,8</b>	<b>39,0</b>	<b>6,5</b>

Tabelle 2: Autoritarismus.

Autoritarismus wurde mittels einer drei Items umfassenden Skala erhoben. Die Reliabilität bzw. interne Konsistenz der Autoritarismus-Skala ist mit einem Wert von Cronbachs  $\alpha = 0,734$  zufriedenstellend. Der Autoritarismus Index zeigt, dass mehr als die Hälfte der Studierenden zumindest tendenziell autoritaristische Einstel-

lungsmerkmale aufweisen. Bei fast jedem/jeder Sechsten kann man sogar von stark ausgeprägtem Autoritarismus sprechen. Gleichzeitig weichen diese Werte von denen der Gesamtbevölkerung nicht signifikant ab.

40 % der 15- bis 29-jährigen Österreicher/innen, sind nach Daten von Rathkolb et al. der Meinung, dass die „Zeiten in denen Disziplin und Gehorsam zu den wichtigsten Tugenden gehörten“ nicht vorbei sein sollten. (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014). Auch vier von zehn Lehramtsstudierenden sprechen sich für eine Stärkung von Disziplin und Gehorsam aus. Nachdem „Gehorsam“ mit Sicherheit keine zentrale Tugend einer Erziehung zur politischen Mündigkeit sein kann und darf, ist dieser Befund doch besorgniserregend.

Autoritäre Tendenzen zeichnen sich auch ab, wenn es um die Frage geht, ob man härter gegen Unruhestifter vorgehen sollte, um Recht und Ordnung zu bewahren. Für härteres Vorgehen plädiert eine absolute Mehrheit. 51 % der befragten Studierenden stimmen zu (20 % sehr und 31 % eher), wohingegen 30 % eher und 10 % stark widersprechen. Während nur 6 % der weiblichen Befragten sich von dieser Aussage sehr stark distanzieren, tun dies immerhin 15 % ihrer männlichen Kollegen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind junge Lehramtsstudierende auch hier deutlich liberaler. Denn 68 % der Österreicher/innen bejahen diese Frage, davon 37 % „sehr stark“. Trotzdem bleibt bemerkenswert, wie zustimmungsfähig autoritäre Problemlösungsansätze sind (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014).

Item A.2.3. ist so formuliert, dass eine autoritäre Einstellung einen Widerspruch erfordert. 48 % der Befragten widersprechen (19 % stark und 29 % eher) und lehnen es damit ab, manchmal Gnade anstelle harter Strafen zu setzen. 40 % sind in der Tendenz dafür, manchmal Gnade walten zu lassen. Gegen den Trend in der Gesamtbevölkerung (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014) sind männliche Befragte auch hier liberaler als ihre Kolleginnen. Unter den befragten Frauen spricht sich mit 51 %, im Vergleich zu 41 % bei den Männern ein höherer Prozentsatz gegen Gnade anstelle von harten Strafen aus. Bei den Männern steht hingegen eine Mehrheit von 51 % Gnade statt harter Strafe tendenziell positiv gegenüber.

### 5.3 Anomie

Konstrukt	Nr.	Item	Po- lung	[++]	[+]	[-]	[--]
Anomie	A.3.1.	Alles ist heute so unsicher und wechselt so schnell, dass man häufig nicht mehr weiß, wonach man sich richten soll.	neg.	16,6	37,7	29,8	10,6
	A.3.2.	Leute wie ich können politische Entscheidungen beeinflussen.	pos.	12,3	41,4	33,4	10,3
	A.3.3.	Meine Ausbildung bietet mir viele Chancen für die Zukunft.	pos.	34,1	51,0	10,9	3,0
<b>Index Anomie<sup>1</sup>: von sehr stark ausgeprägter [++] bis sehr wenig ausgeprägter [--]</b>				<b>2,9</b>	<b>28,8</b>	<b>60,8</b>	<b>7,6</b>
<b>Anomie</b>							

Tabelle 3: Anomie.

Drei Items wurden für die Bildung der Anomie-Skala herangezogen. Die zugrundeliegende theoretische Annahme war, dass autoritäre Persönlichkeiten Probleme bei der Wahrnehmung sozialer Ordnungsmuster aufweisen. Die Abfrage von Anomie wurde über drei Dimensionen operationalisiert. Orientierungslosigkeit (A.3.1.), Selbstwirksamkeit bzw. Machtlosigkeit (A.3.2) und Zukunftsperspektive (A.3.3.) Jede dieser Dimensionen konnte durch die in Abschnitt 3 erläuterten Einschränkungen lediglich durch ein Item abgefragt werden. Insgesamt scheinen Lehramtsstudierende an der PH Wien tendenziell verunsichert zu sein, wenn es darum geht ihren Platz in der gesellschaftlichen Ordnung zu finden. Da eine zufriedenstellende interne Konsistenz der Skala allerdings nicht gegeben ist (Cronbachs  $\alpha = 0,37$ ), kann hier lediglich mit einer Beschreibung der Einzelitems fortgefahren werden.

Eine knappe Mehrheit der Lehramtsstudierenden erlebt sich selbst als zumeist tendenziell und manchmal stark orientierungslos. 40 % widersprechen zumindest in der Tendenz. Es ist bemerkenswert, dass 54 % der Lehramtsstudierenden sich in diesem Kontext als sehr oder eher orientierungslos wahrnehmen und nur 11 % die angebotene Aussage stark ablehnen. Der Anspruch wegweisend zu wirken, könnte mit dieser Selbsteinschätzung durchaus kollidieren, jedoch sind in der gesamtösterreichischen Vergleichsgruppe 67 % der Befragten tendenziell orientierungslos. (Rathkolb, Zandonella, & Ogris, 2014) Während nur 7 % der Frauen Orientierungslosigkeit in gesellschaftlichen Zusammenhängen stark von sich weisen, tun dies immerhin 19 % der Männer.

Glauben zukünftige Lehrpersonen an die Möglichkeit politisch mitzugestalten? In Frage steht die Einschätzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in einem demokratischen System für Bürger/innen ohne politisches Amt. Nur 12 % sind stark davon überzeugt, dass Leute wie sie politische Entscheidungen beeinflussen können. Weitere 41 % stimmen eher zu. Immerhin 44 % sehen sich bzw. Menschen wie sie „eher nicht“ oder „gar nicht“ in der Lage dazu, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Für diese letztgenannte Gruppe und insbesondere jene 10 %, die hier gar nicht zustimmen, stellt sich einerseits die Frage nach ihrem politischen Selbstverständnis und andererseits ebenso nach ihrer Einschätzung des demokratischen Systems und seiner Funktionsweise. Direkte Vergleichsdaten liegen für diese Frage nicht vor, da Rathkolb und Ogris in ihrer Studie das Item mit lediglich drei Antwortmöglichkeiten hinterlegt haben. In dieser Systematik waren 42 % der Meinung, dass es für Leute wie sie möglich ist politische Entscheidungen zu beeinflussen. 36 % glauben nicht an ihre politische Wirkmächtigkeit, während 21 % sich nicht sicher waren (Rathkolb & Ogris, 2008). Studierende der PH schätzen ihre politische Gestaltungsmacht demnach noch etwas geringer ein als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Befund ist sicherlich ein starker Auftrag politische Handlungskompetenz stärker in den Fokus der Politischen Bildung stellen.

85 % beurteilen ihre Zukunftsperspektive positiv. Immerhin ein Drittel (34 %) der Befragten stimmt stark zu. Vor dem Hintergrund der immer wieder zumindest kurzfristig auftauchenden Unsicherheiten über den Bedarf an Lehrkräften nach Abschluss ihrer Ausbildung erscheint das ebenso verständlich, wie die insgesamt klar positive Sichtweise auf die persönliche Zukunftsperspektive. Bemerkenswert ist hier vielmehr, dass immerhin 14 % nicht viele bzw. keine Chancen für die Zukunft durch ihr Lehramtsstudium sehen.

#### 5.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Konstrukt	Nr.	Item	Po- lung	[++]	[+]	[-]	[--]
Gruppen- bezogene Menschen- feindlichkeit	A.4.1.	Meine beruflichen Chancen sinken durch steigende Zuwanderung.	neg.	4,6	7,0	31,5	53,3
	A.4.2.	ZuwandererInnen sind im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft.	pos.	15,9	40,1	24,8	6,6
	A.4.3.	Mit Menschen aus meinem eigenen Herkunftsland habe ich weniger Probleme als mit anderen.	neg.	6,6	11,9	23,5	51,3
	A.4.4.	Juden haben in Österreich zu viel Einfluss.	neg.	1,3	4,0	17,2	57,6
	A.4.5.	Muslimen sollten das Recht haben eigene Organisationen zu gründen, um ihre Kultur zu fördern, solange sie sich an die Gesetze halten.	pos.	34,1	33,8	17,2	8,3
	A.4.6.	Frauen sollten deutlich häufiger Führungspositionen übernehmen.	pos.	42,7	33,8	9,9	2,6
<b>Index Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit<sup>1</sup>: von sehr stark ausgeprägter [++] bis sehr wenig ausgeprägter [--] GMF</b>				<b>3,1</b>	<b>14,5</b>	<b>39,4</b>	<b>43,0</b>

Tabelle 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde mittels einer sechs Items umfassenden Skala erhoben. Die ersten drei Items bilden die Dimension allgemeine Zuwandererängste. Danach folgt jeweils ein Item zu Antisemitismus, Islamophobie und Sexismus. Die interne Konsistenz der Skala ist trotz dieser Bandbreite mit einem Wert von Cronbachs  $\alpha = 0,693$  zufriedenstellend hoch.

Insgesamt sind angehende Lehramtsstudierende kaum anfällig für Kulturchauvinismus, rassistische Stereotype und Sexismus. Während man bei 3 % von stark ausgeprägter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sprechen muss, distanzieren sich 43 % fast durchgehend von diesen Haltungen und weitere 39 % weisen sie überwiegend zurück.

Die große Mehrheit der Stichprobe sieht in Zuwanderung keine persönliche Bedrohung, sondern tendenziell sogar berufliche Chancen. Eine klare Mehrheit von 53 % lehnt die Aussage, dass Zuwanderung ihre beruflichen Chancen verschlechtert gänzlich und weitere 32 % eher ab. 12 % der PH-Studierenden stimmen bemerkenswerterweise zumindest in der Tendenz zu, obwohl von einem positiven Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Schülerzahlen ausgegangen werden kann.

Auch für die österreichische Wirtschaft im Allgemeinen sehen die zukünftigen Lehrer/innen häufiger Chancen als Gefahren. 55 % der Befragten stimmen in der Tendenz zu (16 % stark und 40 % relativ), 25 % stimmen



eher nicht und 7 % gar nicht zu. Zu beachten ist, dass sich immerhin 13 % nicht positionieren möchten, während sich bei der Einschätzung der persönlichen Auswirkungen lediglich 4 % enthalten. Während die Antworten von Männern und Frauen nicht signifikant voneinander abweichen, sehen in der Tendenz drei von vier (76 %) der Studierenden mit Migrationshintergrund Zuwanderung als positiv für die österreichische Wirtschaft.

Item A.4.3. misst Ressentiments gegenüber Menschen, die als „fremd“ wahrgenommen werden. Die Formulierung ist dabei so gewählt, dass sie sich gleichermaßen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stellen lässt. 19 % der Studierenden geben an, mit Menschen aus ihrem eigenen Herkunftsland in der Tendenz weniger Probleme zu haben. 24 % stimmen hier eher nicht und weitere 51 % gar nicht zu. Drei von vier Studierenden weisen für sich einen solchen Zusammenhang zwischen Problemen und Herkunft von der Hand. Bei Frauen ist dieser Anteil mit 77 % (davon 55 % sehr stark) vor allem im Hinblick auf die starke Ablehnung größer als bei Männern mit 72 % (davon 44 % sehr stark). Studierende mit zumindest einem im Ausland geborenen Elternteil unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten nicht signifikant von der Gesamtgruppe.

Antisemitische Haltungen haben unter angehenden Lehrpersonen nahezu keinen Raum. Mit der Formulierung „Juden haben in Österreich zu viel Einfluss“ wird ein Stereotyp bzw. das Ausmaß der Distanzierung von einem Stereotyp abgefragt, in dem Juden hinter den Kulissen als besonders einflussreich gelten. Nur 1 % der Befragten stimmen hier sehr und weitere 4 % eher zu. 17 % lehnen die Aussage eher und eine deutliche Mehrheit von 58 % sehr stark ab. Die Variablen „Geschlecht“ und „Migrationshintergrund“ beeinflussen das Antwortverhalten nicht signifikant. Beunruhigend bleibt lediglich die große Zahl von verweigerten Antworten (20 %). Gleichzeitig ist dieser Wert nicht außergewöhnlich. Bei einer internationalen Vergleichsstudie zum Geschichtsbewusstsein verweigerten beinahe ein Drittel der Befragten die Antwort auf dieses Item (Rathkolb & Ogris, 2008). Über die Ursachen für diesen unverhältnismäßig hohen Anteil an fehlenden Antworten kann naturgemäß nur spekuliert werden. Einerseits wurde zum Teil während der Erhebung Empörung darüber geäußert, dass man überhaupt so eine Frage stellt. Andererseits könnte das Item auch als nicht zu beantwortende „Wissensfrage“ interpretiert worden sein. Zuletzt besteht klarerweise auch die Möglichkeit, dass der Hang zum „erwünschten“ Antwortverhalten selbst bei anonymen Befragungen dazu führt, dass antisemitische Äußerungen zurückgehalten werden.

Wie halten es Lehramtsstudierende mit dem Islam? Item A.4.5. verbindet die Einstellung gegenüber einer religiösen und kulturellen Minderheit mit der Bereitschaft, dieser Minderheit grundsätzliche Bürgerrechte zu entziehen. Aufgrund der Religionsfreiheit ist das Recht auf religiöse Selbstorganisation universell und unteilbar. Insofern kann eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber muslimischen Organisationen als Indiz für Islamophobie interpretiert werden. Angesichts des medialen Diskurses um muslimische Radikalisierung und dschihadistische Bedrohungen ist der Zusatz „solange sie sich an die Gesetze halten“ in die Formulierung des Items eingeflossen. Insgesamt stimmen über zwei Drittel aller Befragten (jeweils 34 %) sehr oder eher dem Recht auf eigene Organisationen für Muslime zu. 17 % lehnen dieses Recht eher und weitere 8 % stark ab. Demzufolge beziehen in der Tendenz ein Viertel der Befragten antimuslimische Positionen.

Chancengleichheit von Frauen und Männern ist in österreichischen Schulen ein zentrales Bildungsziel. Da der Lehrberuf immer noch mehr Frauen anzieht als Männer (in unserer Stichprobe ist das Verhältnis von Männern und Frauen 1:2), sollte die Sensibilität in diesem Bereich besonders hoch sein. Die gewählte Formulierung des Items setzt das Wissen voraus, dass Frauen in Führungsebenen unterrepräsentiert sind. Sofern nicht davon ausgegangen wird, dass diese Ungleichheit durch das biologische Geschlecht selbst vorgegeben ist, liegt die Annahme nahe, dass Frauen im Sinne der Gleichberechtigung mehr Führungspositionen übernehmen sollten. Um die Aussage zuzuspitzen und zwischen einer starken bzw. relativen Zustimmung oder Ablehnung besser differenzieren zu können, wurde „deutlich häufiger“ in die Formulierung aufgenommen. Insgesamt stimmen 43 % sehr und weitere 34 % eher zu, wohingegen die Aussage von 10 % eher und 3 % stark abgelehnt wurde. Erwartungsgemäß zeigen sich hier in der nach Geschlechtern getrennten Auswertung signifikante Unterschiede. Frauen stimmen zu 53 % sehr stark zu und lehnen „deutlich mehr Führungspositionen für Frauen“ zu 7 % eher und zu 1 % stark ab. Männer hingegen stimmen mit 26 % nur halb so oft wie Frauen stark zu und widersprechen in der Tendenz mit 20 % fast dreimal so oft wie Frauen. Hier antworten 18 % der Männer und nur 6 % der Frauen nicht.

## 5.5 Wahrnehmung von Politischer Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien

Politische Bildung wird an der PH Wien überwiegend positiv wahrgenommen. Ein Drittel der Studierenden steht dem Angebot allerdings reserviert bis skeptisch gegenüber. Die Skala wurde aus fünf Items gebildet. Abgefragt wurden die Beteiligung Studierender am Unterricht und die Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Un-

terrichtsinhalten. Darüber hinaus wurde das Interesse der Studierenden für Politische Bildung und die Wahrnehmung der Wichtigkeit im Vergleich zu anderen Lehrveranstaltung erhoben. Das letzte Item zielt darauf ab zu erkennen, ob Politische Bildung eine Orientierungsfunktion im Alltag der Studierenden erfüllt. Die Wahrnehmungsskala ist intern konsistent (Cronbachs  $\alpha = 0,759$ )

Konstrukt	Nr.	Item	Po- lung	[++]	[+]	[-]	[--]
Wahr- nehmung von Politi- scher Bildung	B.1.1.	Im Vergleich zu anderen Lehrveranstaltungen an der PH Wien beteilige ich mich am Unterricht in Politischer Bildung ... [sehr aktiv ... gar nicht aktiv]	pos.	12,6	39,4	21,9	9,6
	B.1.2.	In meiner Seminargruppe können oder konnten die Studierenden über die Inhalte in Politischer Bildung mitentscheiden.	pos.	21,5	30,5	19,9	13,6
	B.2.1.	Politische Bildung gehört für mich zu den interessantesten Lehrveranstaltungen an der PH Wien.	pos.	13,6	33,8	29,5	14,9
	B.2.2.	Im Vergleich zu anderen Lehrveranstaltungen an der PH Wien halte ich Politische Bildung für ... [besonders wichtig ... gar nicht wichtig]	pos.	27,5	46,7	13,9	5,3
	B.2.3.	Durch Politische Bildung fällt es mir leichter, dem politischen Tagesgeschehen zu folgen.	pos.	15,2	34,8	26,2	15,9
<b>Index Wahrnehmung von Politischer Bildung<sup>1</sup>: von sehr positiver [++] bis sehr negativer [--] Wahrnehmung von Politischer Bildung</b>				<b>20,7</b>	<b>45,1</b>	<b>26,8</b>	<b>7,5</b>

**Tabelle 5:** Wahrnehmung von Politischer Bildung.

Nur 32 % der Studierenden geben an, sich in Politische Bildung weniger aktiv zu beteiligen als in anderen Lehrveranstaltungen. Nur 20 % der Männer beteiligen sich eher nicht oder gar nicht aktiv am Unterricht, wohingegen Frauen nach eigener Einschätzung fast doppelt so häufig (38 %) inaktiver als in anderen Fächern sind. Eine Mehrheit von 52 % gibt an über Inhalte mitentscheiden zu können, nur 34 % widersprechen stark oder sehr stark.

Rund drei Viertel der Befragten halten Politische Bildung für einen besonders wichtigen Teil ihrer Ausbildung. Demgegenüber wird die besuchte Lehrveranstaltung zu Politischer Bildung insgesamt nur von 47 % als sehr oder eher interessant im Vergleich zu anderen Lehrveranstaltungen wahrgenommen. Nur 5 % der Männer, aber immerhin 20 % der Frauen interessieren sich überhaupt nicht für Politische Bildung. Studierende mit Migrationshintergrund (zumindest ein Elternteil im Ausland geboren) empfinden Politische Bildung zu 24 % als sehr uninteressant.

26 bzw. 16 % sehen eher bzw. gar keine Erleichterung beim Folgen des politischen Tagesgeschehens durch den Unterricht von Politischer Bildung an der PH, während für 40 % zumindest tendenziell ein positiver Orientierungseffekt erkennbar ist. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass in diese 42 % sowohl Personen fallen, die für sich keinen Bezug zu tagesaktuellen Themen herstellen können, als auch solche, die für sich keinen Orientierungsmangel diagnostizieren. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Zustimmung von 50 % ein Hinweis darauf zu sein, dass Politische Bildung an der PH auch für Lehramtsstudierende eine wichtige Orientierungsfunktion im Zusammenhang mit dem tagespolitischen Geschehen einnimmt und Berührungspunkte mit dem Politischen abzubauen hilft.

Im Weiteren wollten wir mehr über die Themenpräferenzen der Lehramtsstudierenden herausfinden. Sieben zentrale Themen mussten von den Studienteilnehmer/innen am Smartphone in eine Rangreihenfolge gebracht werden. 258 von 302 befragten Studierenden brachten alle angegebenen Themen in eine Reihenfolge. Das entspricht 85 %. Abbildung 1 veranschaulicht die relativen Themenpräferenzen der Studierende.

Als eindeutig am wichtigsten erscheinen den PH-Studierenden aktuelle Themen: 121-mal wurde dieses Thema auf den ersten Platz und weitere 61-mal auf den zweiten Platz gereiht. Das mit einigem Abstand zweitwichtigste Thema sind Vorurteile und Minderheitenrechte. Es wurde insgesamt 90-mal an die erste und zweite Stelle gesetzt. Als in der Summe etwa gleich wichtig werden die Themen politische Weltanschauungen, der Staat Österreich sowie Arbeitswelt bewertet. Als am unwichtigsten im Vergleich zu den anderen Themen werden Interessenvertretungen und politische Parteien (97 Nennung am letzten und vorletzten Platz im Vergleich zu nur 27 Nennungen am ersten und zweiten Platz) und Zeitgeschichte (124 Nennungen am letzten und vorletzten Platz im Vergleich zu 43 Nennungen an den ersten beiden Stellen) betrachtet.

Es bleibt zu hinterfragen, inwiefern die den aktuellen Themen zugeschriebene Wichtigkeit bzw. das ihnen entgegengebrachte Interesse genuin politisch ist. Auffallend ist jedenfalls die große Distanz zu Themen wie Interessenvertretungen und Parteien. Der Staat Österreich war als klassische Institutionenkunde bis in die 70er Jahre zentrales Fundament Politischer Bildung, wurde jedoch durch die politikdidaktischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte etwas in den Hintergrund gedrängt. Für die Studierenden ist dieser Ansatz auch nur noch eingeschränkt anschlussfähig. Überaus bemerkenswert ist, dass das Thema Zeitgeschichte von angehenden Lehrern/Lehrerinnen nicht als relevant erachtet wird. Seine maßgebliche Orientierungsfunktion im Zusammenhang mit der Entwicklung der Demokratie in Österreich erschließt sich anscheinend für Lehramtsstudierende kaum.

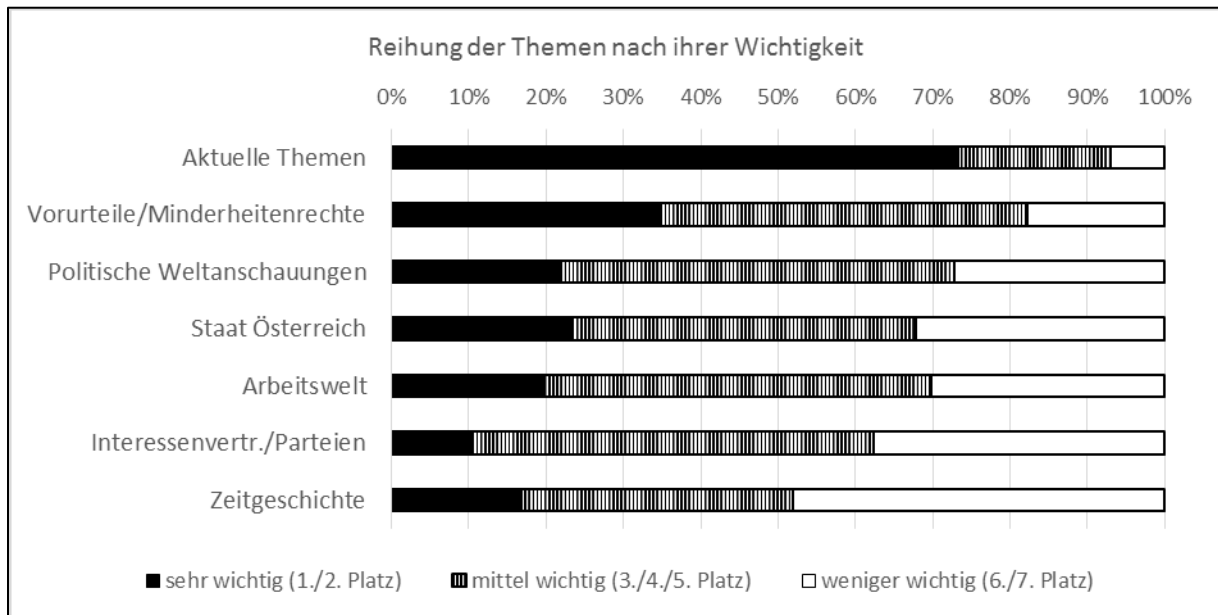


Abbildung 1: Wichtigkeit von Themen der Politischen Bildung.

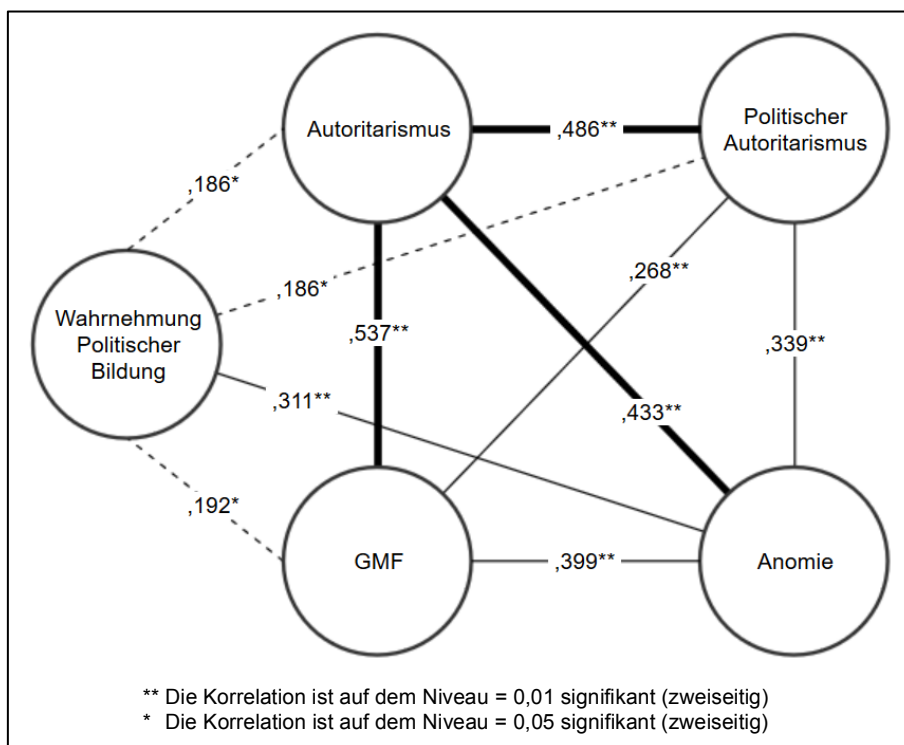
## 6 Zusammenhänge zwischen Dimensionen demokratierelevanter Einstellungsmerkmale

In den vorangegangenen Abschnitten wurden demokratierelevante Einstellungsmuster von Lehramtsstudierenden beschrieben. Im Folgenden widmen wir uns der Frage nach der Stärke der Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungsausprägungen in den Bereichen 1) Politischer Autoritarismus, 2) Autoritarismus, 3) Anomie und 4) Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Darüber hinaus soll eruiert werden, welche Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungsdimensionen und 5) der Wahrnehmung von und dem Interesse an Politischer Bildung bestehen, um daraus Schlüsse für die didaktische Aufbereitung ziehen zu können.

Das adaptierte Modell zur Messung autoritärer Persönlichkeitsmerkmale und Werthaltungen für die Gruppe der PH Studierenden funktioniert durchaus zufriedenstellend. Bildet man aus den vier Dimensionen eine übergeordnete Skala, ergibt sich ein Wert für Cronbachs  $\alpha = 0,702$ .

Die Autoritarismus-Skala ist dabei der beste Prädiktor für die Antwortverteilung in anderen Dimensionen. So besteht ein auf dem Niveau  $p < 0,01$  statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Autoritarismus-Skala und der Skala zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Eine Korrelation von  $R_s = 0,537$  deutet hier auf einen relativ starken Zusammenhang hin. Je höher das Potential zur autoritären Unterordnung im Sinne gesellschaftlicher Konformität sowie zur Aggression gegenüber abweichendem Verhalten ist, desto deutlicher zeigt sich die Bereitschaft zur Abwertung der Anderen, die als fremd identifiziert werden. Für den Abbau von Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichheit durch Politische Bildung scheint es demnach entscheidend zu sein, die Reflexion sowie den Abbau von Vorurteilen stets vor dem Hintergrund eines kritischen Bewusstseins für gesellschaftliche Hierarchien anzustreben. Mitgefühl mit Schwächeren und das Infragestellen von Autoritäten müssen hierbei zentrale Lernziele sein.

Darüber hinaus lassen sich immer noch bemerkenswerte Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und Anomie ( $R_s = 0,433$ ) sowie zwischen Autoritarismus und Politischem Autoritarismus ( $R_s = 0,486$ ) diagnostizieren. Demokratien ohne autoritären Einschlag benötigen die fortgesetzte Debatte unter Gleichen. Ein zu großes Verlangen nach willfähriger Unterordnung und kritikloser Akzeptanz von Autoritäten vertragen sich demnach besser mit einem Verlangen nach starken Führungspersönlichkeiten. Demokratie bedeutet das Recht zu haben, sich als Bürger/in in öffentliche Angelegenheiten einzumischen. Dazu müssen Mut und Zutrauen in die eigene Urteils- und Handlungskompetenz aufgebaut werden. Eine wesentliche Grundlage dafür ist ein emanzipatorisches Politikverständnis, das auf kritischer Auseinandersetzung mit Herrschaft auf der einen und Marginalisierung auf der anderen Seite sowie der Selbstwahrnehmung als Politisches Subjekt beruht. Politische Bildung muss darauf achten, dass Demokratieverziehung die Vermittlung von demokratischen Werten praktiziert und sich nicht darauf beschränkt, Lippenbekenntnisse zur Demokratie als Staatsform zu reproduzieren. Insbesondere die Gruppe derjenigen, denen es schwerfällt sich in der gegenwärtigen Gesellschaft zu orientieren und für sich eine mehr oder weniger klare Zukunftsperspektive zu erkennen, neigen ansonsten dazu, mit autoritären Spielarten der Demokratie zu sympathisieren.



**Abbildung 2:** Korrelationen zwischen den Konstrukten.

Interessanterweise hat die grundsätzliche Wahrnehmung von Politischer Bildung im Lehramtsstudium wenig direkten Einfluss auf die abgefragten demokratierelevanten Einstellungsmuster. Immerhin einen mittelgroßen Unterschied macht das Antwortverhalten bei den Items der Anomie-Skala ( $R_s = 0,311$ ). Anscheinend erleben Studierende, die ihre Umwelt tendenziell als geregelten Zusammenhang auffassen, Politische Bildung als anregender und befriedigender als andere. Es wird daher entscheidend sein, im kompetenzorientierten Unterricht eine Einbindung für diese eher orientierungslose Gruppe zu ermöglichen und soziale Zusammenhänge als versteh- und veränderbar greifbar zu machen.

## 7 Erkenntnisse für den Unterricht von Politischer Bildung an Pädagogischen Hochschulen

Die Nützlichkeit eines jeden Ansatzes für die Politische Bildung bemisst sich nicht zuletzt an den Möglichkeiten zur Verbesserung des Unterrichts und damit hoffentlich zur Aufklärung und Verbesserung des demokratischen

Gemeinwesens. Im vorangegangenen Abschnitt haben wir uns der Frage gewidmet, wie stark autoritäre Potentiale bzw. demokratischer Werte unter zukünftigen Pädagogen/Pädagoginnen ausgeprägt bzw. verankert sind und wie die Lehrveranstaltungen zu Politischer Bildung an der PH Wien wahrgenommen werden. Daran anknüpfend haben wir Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungsausprägungen in den Bereichen (Politischer) Autoritarismus, Anomie und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschrieben und kommentiert. Letztlich möchten wir hier der Frage nachgehen, welche Anregungen für die Praxis der Politischen Bildung an Pädagogischen Hochschulen aus den Ergebnissen der Studie abgeleitet werden können. Wie kann man Interesse an Politischer Bildung steigern? Wie kann man auf (unterschiedliche) Bedürfnisse reagieren? Wie lässt sich die Erkenntnis über den Zusammenhang von politischen Einstellungsausprägungen produktiv nutzen?

Wir konnten feststellen, dass nahezu alle angehenden Lehrpersonen ein grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie als Staatsform abgeben. Gleichzeitig kann nahezu ein Drittel der befragten Personen gleichzeitig Formen des Autoritarismus etwas abgewinnen. Hier zeigt sich zum einen eine gewisse begriffliche Unsicherheit in der Gruppe, die gleichzeitig ein Bekenntnis zur Demokratie abgibt und dennoch dem Vorschlag zustimmt, dass an der Spitze eines Staates jemand stehen sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss. Die Inkohärenz solcher widerstreitenden Behauptungen sollte zum Ausgangspunkt für grundlegende theoretische Klärungen herangezogen werden. Sichergestellt werden muss, dass ein Urteil über Demokratie als Staatsform kein bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern auf dem Fundament ideengeschichtlichen Wissens steht. Dies beinhaltet durchaus auch die Auseinandersetzungen mit Problemen demokratischer Systeme. Politische Bildung sollte hier einen Raum schaffen, in dem man das Austragen von Konflikten mit Andersdenkenden als kreativen und positiven Prozess erleben lernt. Dies beinhaltet die Fähigkeit, eigenständig und unkonventionell auf Krisen zu reagieren und ein gewisses Maß an Unsicherheitstoleranz aufzubauen.

Eine demokratische Erziehung für eine demokratische Gesellschaft braucht demokratisch legitimierte Strukturen und Autoritäten, aber keineswegs Autoritarismus. Eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Möglichkeiten zu Kooperation, ohne auf Unterordnung setzen zu müssen, ist insbesondere am Schnittpunkt von pädagogischen Ansätzen und Politischer Bildung vorzunehmen. Gerade hier müssten pädagogische Hochschulen besonders gut positioniert sein, um zeitgemäße Ansätze gegen das überkommene Ideal der Härte in Erziehung und Gesellschaft zu entwickeln. Diese Aufgabe ist vor allem in Zeiten steigender gesellschaftlicher Verunsicherung entscheidend, weil Orientierung auf der Grundlage der Abwertung von Fremdgruppen und autoritärer Unterordnung zunehmend antidemokratisches Potential entfacht.

Ein weiterer Punkt berührt die Frage der Urteilskompetenz. Vor allem die geringere Antwortwahrscheinlichkeit weiblicher Studierender auf Fragen mit explizit politischem Inhalt sollte zu denken geben. Dazu passt auch die Tendenz zur Mitte bei der Abgabe von Urteilen. Nicht allen Studierenden fällt es leicht, sich von extrem autoritären und antidemokratischen Aussagen in aller Klarheit zu distanzieren. Zutrauen in die eigene politische Urteilskompetenz und Ermunterung für Überzeugungen einzustehen, sind demnach weitere wichtige Aufgaben für die Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen.

Eine Demokratie, in der Bürger/innen nicht mehr daran glauben, einen Unterschied machen zu können, bleibt Fassade. Aufgrund der niedrigen Selbstwirksamkeitserwartungen der angehenden Lehrpersonen sind hier Zweifel angebracht, ob Unterricht wirklich so gestaltet werden kann, dass Schüler/innen zu politischer Partizipation angeregt werden. Möglichkeiten der Einflussnahme – vielleicht im projektorientierten Unterricht (Beutel, 2011) – aufzuzeigen, könnte hier ein vielversprechender Weg sein.

Politische Bildung scheint vor allem für jene Studierenden attraktiv zu sein, die ohnehin bereits über gewisse Kapazitäten zur Orientierung im wechselnden Tagesgeschehen verfügen. Orientierungslosigkeit abzubauen, dürfte demnach eine der zentralsten Aufgaben von politischer Bildung sein, um eine größere Gruppe von Studierenden für ihre pädagogische Aufgabe zu gewinnen. Ein tagesaktuelles Thema nach dem anderen zu bearbeiten, folgt zwar auf den ersten Blick den Präferenzen der Befragten, erfüllt allerdings wohl kaum diesen Orientierungsauftrag. Es wird daher wichtig sein, aktuelle Mediendiskurse über politische Debatten so aufzubereiten, dass ihre Bezüge zu unterschiedlichen politischen Weltanschauungen und ihre historische Bedingtheit offengelegt werden. Durch diese Verknüpfung sollte es möglich sein, die Brücke von alltäglicher Politikwahrnehmung zu Kernbereichen des Politischen zu bauen und in den schnell wechselnden Zeitläufen nach und nach Muster und Regelmäßigkeiten ausfindig zu machen.

## 8 Schluss

Wir haben in der vorliegenden Studie demokratierelevante Einstellungsmuster von Lehramtsstudierenden der PH Wien erhoben. Durch das Setting der Befragung und die Administration über Limesurvey war die Rücklaufquote an vollständig ausgefüllten Antwortbögen hoch und es konnten eine Reihe von nützlichen Erkenntnissen für die Weiterentwicklung des kompetenzorientierten Unterrichts an Pädagogischen Hochschulen gewonnen werden.

Alles in allem ist die überwiegende Zahl der Lehramtsstudierenden in ihren demokratischen Grundhaltungen relativ gefestigt, und die Wahrnehmung von Politischer Bildung unter Studierenden ist überwiegend positiv. Wenn Bekenntnisse zur Demokratie allerdings krisenresistent sein sollen, muss das bedeuten ein tieferes Verständnis davon zu entwickeln, was Demokratie genau ist und auch sein kann. Um politischem Autoritarismus entgegenzuwirken, darf sich Demokratie nicht auf Lippenbekenntnisse beschränken. Dies erfordert ein Bewusstsein davon, dass Demokratie und der Umgang mit anderen Wert- und Zielvorstellungen anstrengend sein kann. Demokratie bedeutet Kritik der bestehenden Verhältnisse und diese ist ein Zeichen für das Funktionieren eines demokratischen Systems und muss als solches wertgeschätzt werden. Es muss klar sein, dass autoritäre Regelungsmuster keinen bequemen Ausweg aus diesem Kreislauf von Kritik und Veränderung darstellen, sondern das Ende des demokratischen Prozesses bedeuten. Empathie und Einfühlungsvermögen – vor allem gegenüber Marginalisierten – genauso wie ein gewisses Maß an Unsicherheits- und Widerspruchstoleranz müssen für die Teilnahme an einem solchen Prozess grundgelegt sein. Der Hang zum Autoritarismus steht in starker wechselseitiger Beziehung zu Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Politische Bildung muss deshalb dem Reflektieren von Hierarchien, genauso wie dem frühen Lernen gegen Vorurteile, genügend Platz einräumen, um fremdenfeindlichen Tendenzen nachhaltig begegnen zu können. Dem weitverbreiteten Gefühl von politischer Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit muss durch gezielte Förderung der Handlungskompetenz entgegengewirkt werden. Demokratie erschöpft sich nicht im passiven Rezipieren politischer Inhalte, sondern wird gelernt, indem man sie praktisch einübt. Ansonsten wäre bestenfalls von politischer Halbbildung zu sprechen.

## 9 Literaturverzeichnis

- Adorno, T. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. (2013). *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D., & Sanford, N. (1950). *The authoritarian personality*. Oxford: Harpers.
- Almond, G., & Verba, S. (1963). *The civic culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Altemeyer, B. (1996). *The authoritarian specter*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Berger, M. (2015). *Gesperrter Ring: ÖAMTC will Volksbefragung*. Abgerufen am 2. 11 2016 von <https://kurier.at/chronik/wien/gesperrter-ring-in-wien-oeamtc-will-volksbefragung/155.457.624>
- Beutel, W. (2011). Lernen in Projekten: Möglichkeiten der Demokratiepädagogik. In P. Fauser, & W. Beutel, *Demokratiepädagogik* (S. 111-139). Schwalbach: Wochenschauverlag.
- BMU. (1949). *Zentrum polis*. Von <http://politik-lernen.at/site/basiswissen/erlaesse/article/k108068.html> abgerufen
- Bourdieu, P. (1982). *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bundesjugendvertretung. (2013). *Bundesjugendvertretung*. Abgerufen am 31. 10 2016 von [http://www.bjv.at/cms/wp-content/uploads/2014/06/bjv\\_position\\_politischebildung\\_2013\\_neu.pdf](http://www.bjv.at/cms/wp-content/uploads/2014/06/bjv_position_politischebildung_2013_neu.pdf)
- Bundeschülerversammlung. (2015). *Bundeschülerversammlung*. Abgerufen am 31. 10 2016 von [http://www.bsv.at/index.php?id=7&type=0&jumpurl=uploads%2Ftx\\_news%2FPositionspapier\\_BSV\\_1516\\_03.pdf&juHash=308babf26c38601dc4f7f9e47eb8d80a097f5cb8](http://www.bsv.at/index.php?id=7&type=0&jumpurl=uploads%2Ftx_news%2FPositionspapier_BSV_1516_03.pdf&juHash=308babf26c38601dc4f7f9e47eb8d80a097f5cb8)
- Cooley, A. (2015). Authoritarianism goes global: Countering Democratic Norms. *Journal of Democracy*, 26(3), S. 49-63.
- Crouch, C. (2011). *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dudley, R., & Gitelson, A. (2003). Civic Education, civic engagement, and youth civic development. *Political Science and Politics*, 36(2), S. 263-267.

- Easton, D., & Dennis, J. (1969). *Children in the Political System*. New York: McGraw-Hill.
- Fahrenberg, J., & Steiner, J. (2004). Adorno und die autoritäre Persönlichkeit. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 56(1), S. 127-152.
- Feldman, S. (2000). Die Konzeptualisierung und die Messung von Autoritarismus: Ein neuer Ansatz. In S. Rippl, C. Seipel, & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus* (S. 239-260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feldman, S. (2003). Enforcing Social Conformity. *Political Psychology*, 24(1), S. 41-74.
- Fukuyama, F. (1989). The End of History? *The National Interest*(2), S. 3-18.
- Glöckner-Riest, A. (2005). Autorität/Autoritarismus. In S. Jordan, & G. Wendt (Hrsg.), *Lexikon Psychologie* (S. 52-55). Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Greenstein, F. (1965). *Children and Politics*. Children and Politics: Yale University Press.
- Hämmerle, K., Sandner, G., & Sickinger, H. (2009). Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften*, 38(3), S. 357-372.
- Heinzlmeier, B., & Ikrath, P. (2012). *Jugendwertestudie 2011*. Wien: Institut für Jugendkulturforschung.
- Heitmeyer, W. (2015). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscherten Jahrzehnt. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände: Folge 10* (S. 15-41). Berlin: Suhrkamp.
- Hyman, H. (1959). *Political Socialization: A Study in the Psychology of Political Behavior*. Glencoe: The Free Press.
- Kalcsics, K., & Raths, K. (2013). Was Kinder unter Politik verstehen Vorstellungen über Herrschaft von Schülerinnen und Schülern der Primarstufe. In E. Wannack, S. Bosshart, A. Eichenberger, M. Fuchs, E. Hardegger, & S. Marti (Hrsg.), *4- bis 12-Jährige: Ihre schulischen und außerschulischen Lern- und Lebenswelten* (S. 241-247). Münster: Waxmann Verlag.
- Lange, D. (2008). Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins. Grundzüge einer Lerntheorie der politischen Bildung. In G. Weißeno, & G. Weißeno (Hrsg.), *Politikkompetenz: Was Unterricht zu leisten hat* (S. 245-258). Bonn: bpb.
- Larcher, E., & Zandonella, M. (2014). Politische BildnerInnen 2014. Wien.
- Lasswell, H. (1951). Democratic Character. In H. Lasswell, *Political Writings of Harold Lasswell* (S. 465-525). Glencoe: The Free Press.
- Niemi, R., & Hepburn, M. (1995). The rebirth of political socialization. *Perspectives on Political Science*, 24(1), S. 7-17.
- Nolte, P. (2011). Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(1-2), S. 5-12.
- Rathkolb, O., & Ogris, G. (2008). *Historical totalitarian experiences, authoritarian potential and democratic values in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*. Wien.
- Rathkolb, O., Zandonella, M., & Ogris, G. (2014). *NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich*. Abgerufen am 2. 11 2016 von [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2014\\_Presseunterlage\\_Geschichtsbewusstsein-und-autoritaere\\_Einstellungen.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2014_Presseunterlage_Geschichtsbewusstsein-und-autoritaere_Einstellungen.pdf)
- Rebel, K. (1967). *Zwang-Autorität-Freiheit in der Erziehung: Texte zum Autoritätsproblem*. Berlin: Weinheim Beltz.
- Rippl, S., Kindervater, A., & Seipel, C. (2000). Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In S. Rippl, A. Kindervater, & C. Seipel (Hrsg.), *Autoritarismus* (S. 13-30). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roiser, M., & Willig, C. (2002). The strange death of the authoritarian personality: 50 years of psychological and political debate. *History Of Social Sciences*, 15(4), S. 71-96.
- Sandner, G. (2016). Kleine Schritte - vorwärts und zurück: Zur Geschichte der politischen Bildung in Österreich. In FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus: Prävention und politische Bildung, Band 2* (S. 20-38). Wien: Mandelbaum Verlag.
- Schwarzer, S., & Zeglovits, E. (2009). Wissensvermittlung, politische Erfahrung und Politisches Bewusstsein als Aspekte politischer Bildung sowie deren Bedeutung für politische Partizipation. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38(3), S. 325-340.
- Shell, D. (2015). *17. Shell Jugendstudie*. Frankfurt a.M.: S.Fischer Verlag.
- Torney-Purta, J. (2002). Patterns in the Civic Knowledge, Engagement, and Attitudes of European Adolescents: The IEA Civic Education Study. *European Journal of Education*, 37(2), S. 129-141.

<sup>1</sup> Zum Bilden der Skalen wurden zunächst durch entsprechende Invertierung der Items vom Likert Typ die Polungen angeglichen, um die Vergleichbarkeit der Werte zu ermöglichen. Die Punktwerte der einzelnen Antworten wurden für jeden

Fragebogen ungewichtet addiert, um einen Skalenwert zu ermitteln. Die Einteilung in Quartile wurde folgendermaßen vorgenommen: Wird der Index aus 4 Items gebildet, kann der Skalenwert somit zwischen 4 und 16 liegen. „sehr wenig ausgeprägt“ (4-6), „wenig ausgeprägt“ (7-9), „stark ausgeprägt“ (10-12), „sehr stark ausgeprägt“ (>12). Wird der Index aus 3 Items gebildet, kann der Skalenwert zwischen 3 und 12 liegen. Die Einteilung in Quartile wurde folgendermaßen vorgenommen: „sehr wenig ausgeprägt“ (3-4), „wenig ausgeprägt“ (5-7), „stark ausgeprägt“ (8-10), „sehr stark ausgeprägt“ (11-12). Wird der Index aus 6 Items gebildet, kann der Skalenwert zwischen 6 und 24 liegen. Die Einteilung in Quartile wurde folgendermaßen vorgenommen: „sehr wenig ausgeprägt“ (6-9), „wenig ausgeprägt“ (10-13), „stark ausgeprägt“ (14-17), „sehr stark ausgeprägt“ (>18).

<sup>2</sup> Zur zuverlässigen Einschätzung von Personenmerkmalen wie Einstellungen werden sinnvollerweise mehrere Items verwendet. Damit bestimmte Items zur Bildung einer Skala herangezogen werden können, muss demonstriert werden, dass die Antworten von befragten Personen über die Items hinweg hinreichend konsistent ist. Andernfalls kann nicht gewährleistet werden, dass das Antwortverhalten über die Items hinweg Aufschluss über ein bestimmtes Merkmal gibt. Ein quantitatives Maß für die innere Konsistenz einer Skala ist der Reliabilitätskoeffizient Cronbachs alpha ( $\alpha$ ). Der Wertebereich ist  $0 < \alpha \leq 1$ , wobei für eine verlässliche intern konsistente Skala ein Schwellenwert von  $\alpha = 0.7$  erreicht werden sollte.